Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr,; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 38. Freitag, den 8. März 1867

Norddeutscher Reichstag.

In der Sitzung am 6. d. Mts. zog der Abg. Lasker seinen Antrag auf eine neue Geschäftsordnung zurück, weil der Zweck des Antrages nicht mehr erreicht werden könne Dasselbe that der Abg. v. Arnim=Heinrichsdorf. Für die geschäftliche Behandlung der Bundesverfassung schlug der Präsident den Weg der Vorberathung im ganzen Hause vor, welche am Sonnabend mit der Generaldebatte eröffnet werden soll An die Generaldebatte sollen sich dann die Verhandlungen über die einzelnen Titel, demnächst die Berathungen der einzelnen Artikel anschließen. Der Abg. Kitz beantragte Ueberweisung an eine Kommission. Abg. v. Vincke (Hagen) vertheidigte den Antrag des Präsidenten.

— Die Fraction der Nationalen, welche jetzt auf circa 65 Mitglieder angewachsen ist, hielt am 5. d. M, Abends eine Versammlung, um sich definitiv als Fraction zu constituiren. Sie wählte zunächst in den Abgg. v. Bennigsen, Dr. Braun=Wiesbaden und v. Unruh=Magdeburg ihren Vorstand und schritt sodann zur Berathung einer Geschäftsordnuug für die Fraction, namentlich in Betreff der Bündigkeit der von der Fraction gefaßten Beschlüsse für die Plenarabstimmungen. Das Resultat der gestrigen Berathung wird, wie man uns mittheilt, noch einer Redaction unterworfen und sodann der Fraction zur nochmaligen definitiven Beschlußnahme unterbreitet werden. (Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleichzeitig erwähnen, daß die „Frei=Conservative Vereinigung“ in ihrer Geschäfts=Ordnung die Bestimmung aufgenommen hat, daß ihre Mitglieder für die Plenar=Abstimmungen an die Beschlüsse der Fraction nicht gebunden sein sollen.) Der gestrigen Berathung der nationalen Fraction wohnten auch wiederum viele Mitglieder der altliberalen Partei bei. Ob diese Partei sich im Reichstage als eine besondere in sich abgeschlossene Fraction constituiren wird, ist noch nicht entschieden, so viel steht vorläufig fest, daß mehrere Mitglieder des Reichstages, welche früher dieser Partei angehörten, sich schon jetzt der nationalen Fraction angeschlossen haben, Andere, wie z. B. der Präsident Dr. Simson, der nationalen mehr als der altliberalen Fraction zuneigen; ob die Alt=Liberalen sich defenitiv als Fraction constituiren werden, wird, wie man uns von gut unterrichteter Seite mittheilt, von dem Entschlusse des Abg. Grafen Schwerin=Putzar abhängen. Heute findet eine Versammlung der Alt=Liberalen statt, zu welcher nicht die bekannten bisherigen Führer der Fraction, sondern der Abg. Freiherr v. Vincke (Olbendorf) eingeladen hat. — Was nun die Stellung der andern Parteien anlangt, so hört die Kammer=Correspodenz der „N. A. Z.“, daß die Fraction der entschiedenen Linken bisher noch nicht bis zur definitiven Constituirung gelangt ist. — Was die Mitglieder der im Abgeordnetenhause bestehenden Fraction des Centrums (Katholiken) anlangt, so ist es noch nicht entschieden, ob dieselben sich definitiv als eine Fraction des Reichstages constituiren werden; die Absicht hierzu ist in den betreffenden Kreisen noch nicht aufgegeben; ein definitiver Beschluß aber erst den nächsten Tagen vorbehalten. — Die Fraction der Polen endlich wird sich, wie wir hören, als solche definitiv constituiren und nachdem sie einen Protest bezüglich der Einverleibung der ehemals polnischen Provinzen in Norddeutschland abgegeben, sich bei den Abstimmungen über Prinzipienfragen der äußersten Linken anschließen.

Wie wir hören, bereitet die Fraktion der Nationalen eine Interpellation an die Bundesregierungen bezüglich der, sowohl den amtlichen stenographischen Berichten, als auch den Zeitungsberichten über die Verhandlungen des Reichstages zu gewährenden Preßfreiheit vor. Die Einbringung dieser Interpellation wird schon in einer der nächsten Sitzungen erwartet.

— (Telegraphische Mittheilung.) Der Reichstag erklärte in seiner Sitzung am 6. d. M. nach dem die beiden Geschäftsordnungs=Anträge zurückgezogen waren, die provisorisch angenommene Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses für definitiv giltig, und beschloß ferner die Vorberathung des Verfassungsentwurfes im Plenum.

— Die „Prov.=Corresp.“ schreibt: Es ist nicht die Absicht der Regierung, wahrheitsgetreue Reichstagsberichte zu hindern, so lange nicht Redner Ausschreitungen begehen. Die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften haben dem entsprechende Anweisungen erhalten.

Zur Situation.

Die orientalische Frage, welche nach der Unterdrückung des Aufstandes in Kandia für einige Zeit beseitigt schien, wird jetzt von einer Seite wieder auf die Tagesordnung gebracht, welche alle Beachtung verdient. Frankreich und England haben in ziemlich ähnlichen Noten erklärt, daß sie keiner Kombination ihre Zustimmung geben würden, welche eine Lostrennung Kandia's von der Türkei in sich schließt. Dadurch mußten die Hoffnungen der Griechen auf den Erwerb Kandia's vor der Hand vereitelt angesehen werden, und da man indirekt darin auch das Prinzip erkennen konnte, den Bestand des türkischen Reiches unverändert zu erhalten, so waren damit auch alle Pläne Rußlands, sich im Süden auf Kosten der Türkei zu vergrößern, als gescheitert zu betrachten. Da tritt jetzt plötzlich ein neuer Factor auf. Der Vicekönig von Aegypten, welcher wesentlich mitgeholfen hat bei der Unterdrückung des Aufstandes in Kandia, verlangt jetzt eine Belohnung für seine Hülfe. Er verlangt nicht nur eine ganz bedeutende Erweiterung seiner Machtstellung, sondern er verlangt auch, daß ihm die Insel Kandia so lange in Pfand gegeben werde, bis ihm die Pforte die Kosten vergütet habe, welche ihm die kandiotische Expedition verursacht hat. Das heißt bei den zerrütteten Finanzzuständen der Türkei, er verlangt den Besitz der Insel Kandia. Ob ihm die türkische Regierung seine Forderung bewilligen wird, wissen wir natürlich nicht. Aber das ist auch gar nicht die Hauptfrage. Die Hauptfrage ist vielmehr, ob England oder Frankreich den Vicekönig von Aegypten zur Aufstellung solcher Forderung angestachelt hat. Es ist nämlich nicht gut anzunehmen, daß der Vicekönig eine solche Forderung ganz von selbst gestellt hat, sondern man muß als wahrscheinlich voraussetzen, daß er dabei dem Rathe einer der beiden Großmächte gefolgt ist. Welche von beiden ist es nun aber, die nicht will, daß die orientalische Frage jetzt von der Tagesordnung verschwinde? Will England oder Frankreich sich dort eine Einmischungsgelegenheit vorbereiten? Der alten englischen Politik, die Palmerston als ihren letzten Vertreter gekannt hat, entspräche ein solches Spiel vollkommen, aber Englands Haltung in großen und kleinen Dingen seit 10 Jahren, d. h. seit dem Krimmkriege läßt ein solches Vorgehen höchst unwahrscheinlich erscheinen. Frankreich dagegen will zwar für den Augenblick Ruhe, um die pariser Fremdenernte bei der Weltausstellung dieses Jahres gut und voll einbringen zu können und um — die Hinterladungs=Gewehre für die Armee fertig machen zu lassen. Bei den weiteren Plänen, die es verfolgt, wünscht es aber die orientalische Frage offen zu halten, theils um in jedem beliebi=

— **Die merkwürdigste Nachtherberge**. Was Paris und London in dieser Art aufzuweisen haben, übersteigt die Nachtherberge in Peking. Man kennt diese Herberge unter dem Namen „Ki=maofan“, das heißt „das Haus zu den Hühnerfedern“. Dieses Etablissement besteht aus einem großen Saal, dessen ganzer Fußboden mit einer Lage Hühnerfedern bedeckt ist. In diesem Schlafgemache eigenthümlicher Art bringen Bettler und Vagabunden die Nacht zu. Männer, Frauen, Kinder, Greise, Alles wird aufgenommen und jeder macht sich in diesem Federmeer sein Nest zurecht, so gut er es kann. Sobald der Tag graut, heißt es, sich fortmachen, wobei ein an der Thür aufgestellter Commis des Unternehmers den tarifmäßigen Preis für das Schlafen einkassirt. Eine ungeheure Filzdecke bedeckt den ganzen Saal und alle darin Schlafenden. Während des Tages hängt diese Decke, einem Riesen=Baldachin gleich, am Plafond. Abends, wenn alles liegt, wird sie mittelst eines Zuges herabgelassen, und Jeder steckt seinen Kopf durch ein zu diesem Behufe in der Decke angebrachtes Loch. Was geschieht, wenn die Zahl der Köpfe größer ist, als die Löcher der Universaldecke, sagt die Beschreibung des „Ki=maofan“ nicht.

— **Ein Damen-Duell**. In Paris haben sich zwei Schauspielerinnen, Fräul. Silly und Schneider vom Varieté=Theater wirklich duellirt. Die Gegnerinnen fanden sich früh neun Uhr auf dem Kampfplatz ein, es wurden zehn Schritt abgemessen, die Sekundantinnen gaben das Zeichen, Fräul. Silly hatte den ersten Schuß und ihre Kugel tödtete einen friedlichen Auerhahn im nahen Acclimatisationsparke. Nun war Frl. Schneider so großmüthig, in die Luft zu feuern, worauf das Duell eingestellt wurde. Der arme Auerhahn soll später beim Versöhnungsschmaus figurirt haben.

— **Die Juwelen des Fürsten Esterhazy.** Die in ganz Europa bekannten kostbaren Edelsteine des Fürsten Esterhazy werden von seinen Gläubigern an einen Herrn Boore, 54 Strand in London, verkauft, wo sie zur Ansicht ausgestellt sind und ungeheures Aufsehen erregen. Außer den Rubinen, Topasen, Smaragden und werthvollen Perlen sind noch mehr als 50,000 Brillanten da, worunter einzelne Steine von dem reinsten Wasser im Werthe ca. 25,000 und 15,000 Pfd. das Stück. Die Agraffe, welche der Fürst auf seiner Husarenmütze trug, besteht allein aus 5000 Brillanten, und seine Uniform war so übersäet von Diamanten, daß dieselbe vollständig steif war. Die Ankunft dieser edlen Steine in England hat daselbst eine Art Panique in dem Diamantenhandel hervorgebracht, da man glaubt, daß die abnorme Quantität einen nachtheiligen Einfluß auf die in der letzten Zeit sehr in die Höhe getriebenen Preise der Diamanten haben wird.

— **Der sibirische Welttelegraph**. Seit das Riesenwerk des unterseeischen Telegraphen zwischen Europa und Nordamerika im verflossenen Sommer glücklich zu Stande kam, arbeitet man thätiger als je, an der Vervollständigung der Ueberlandlinie. Die große Republik der Vereinigten Staaten und das Czaarenreich bieten sich die Hand und ein bedeutendes Stück des asiatisch=amerikanischen Telegraphen ist bereits vollendet. Trügt nicht alles, so haben wir noch in diesem, oder spätestens im nächsten Jahre die Vollendung des Weltbandes zu erwarten und der elektrische Strom, der von einem beliebigen Punkte der Linie ausging, kehrt im nächsten Moment, nachdem er den ganzen Erdball im Nu umkreist, zu seinem Ausgangsorte zurück. Dann besteht keine Lücke mehr in dem Kreise, der von London ausgehend, über Irland und Neufundland hinweg nach Neuyork, von da quer durch die Vereinigten Staaten nach San Francisco, an der Nordwestküste hinauf, durch das Behringsmeer nach Asien, quer durch Kamtschatka zur Mündung des Amur hin, an diesem Riesenstrome aufwärts zum Baikalsee, durch ganz Sibirien der Länge nach bis an den Ural, über Moskau, Petersburg, Berlin wieder nach London zurückführt.

gen Moment dort etwas vorgehen zu lassen, das die Franzosen beschäftigt, mehr aber noch, um bei den Verhandlungen über neue Allianzen den anderen Mächten Vortheile bieten zu können. Die orientalische Frage offen halten, heißt den Erbschaftsprozeß der Türken einleiten und bei der günstigen Stellung, die Frankreich hat, kann es in dieser Erbschaftsregulirung allen Mächten **mit Ausnahme Preußens**, die größten Gewinne in Aussicht stellen. Nur Preußen nicht, das kann nur solchen Gewinn gebrauchen, den es sich selbst verschaffen muß. Diese eigenthümliche Stellung Preussens würde es demnach bestimmen müssen, in einem solchen Vorgehen Frankreichs, wenn es nachdrücklich betrieben werde, eine ernste Warnnng für sich zu sehen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin. Ueber den gerichtlichen Hergang in der v. Kirchmann'schen Disciplinaruntersuchungssache, welche, wie bereits berichtet ist, mit der Entsetzung des Appellationsgerichts-Präsidenten v. Kirchmann vom Amte, und zwar ohne Pension, endete, gehen der „Sp. Z." folgende Details zu: Die Entsetzung vom Amte ist wegen „verwerflicher Ausführungen" in einem Vortrage, welcher im Februar 1866 im Berliner Handwerkerverein gehalten wurde, und wegen einiger Artikel aus dem Nov. 1863 bis Jan. 1864 in der „Bresl. Ztg.", erfolgt, welche im „entschieden regierungsfeindlichen und agitatorischen Sinne" geschrieben sein sollen. Jene „verwerflichen" Ausführungen beruhen einzig und allein darauf, daß in dem v. Kirchmann'schen Vortrage die Arbeiter daran gemahnt wurden, sich in Bezug auf die Vermehrung ihrer Familie auch innerhalb der Ehe gewisse Schranken aufzuerlegen und allmälig die Sitte bei sich einzuführen, daß eine Arbeiterfamilie sich auf zwei lebende Kinder beschränke, weil sonst der Lohn nicht zur Ernährung der Familie hinreiche. Diese Malthus'sche Lehre ist allerdings unbarmherzig genug und verdient gewiß bekämpft zu werden, aber sehr berühmte Nationalöconomen haben sich derselben angeschlossen, ohne daß man ihnen Verwerflichkeit der Gesinnung vorwerfen kann. In den Artikeln der „Bresl. Ztg." wurde die damals schwebende schleswig-holsteinische Frage verhandelt und von der Regierung energische Action gegen Dänemark zur Befreiung der Herzogthümer gefordert; selbst der innere Conflict zwischen dem Abgeordnetenhause und der Regierung solle zurückgestellt werden, um dies große Ziel nicht zu hindern. Im Allgemeinen wird dabei die Opposition des Hauses in der Budget- und Militairfrage gerechtfertigt, aber wiederholt verlangt, daß das Haus in den Bahnen der Gesetzlichkeit verharre und sich in keine übereilte extreme Politik stürze. Die Artikel hat die Regierung zwei Jahre lang gekannt, ohne sie zu verfolgen. Die Praxis des Obertribunals war damals weit gelinder, wie die Opposition des Rundschauers in der „Krenzzeitung" (des ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Magdeburg) aus jener Zeit beweist. Derselbe hat noch 1866 in der gefahrvollen Zeit vor Ausbruch des Krieges eine viel stärkere Opposition gegen das jetzige Ministerium gemacht, ohne daß das Obertribunal ihm nur ein Haar gekrümmt hat. Das Alles hat der Präsident v. Kirchmann in seiner anderthalbstündigen Vertheidigungsrede ausführlich begründet, allein ohne Erfolg. Das Urtheil wurde sofort im Termin ohne Gründe publizirt. So ist auf Dienstentsetzung gegen einen Mann erkannt worden, der 44 Dienstjahre hat und bis zum J. 1848 fortwährend ausgezeichnet und befördert worden ist. Von da ab stockte es, weil er in der Nationalversammlung sich zur Opposition hielt. Schon im J. 1850 wurde er zur Disciplinaruntersuchung gezogen, weil er als Präsident des Criminalsenats zu Ratibor die Competenz des Obertribunals nicht anerkennen wollte, welches gegen die Bestimmung des § 12 des Gesetzes vom 2. Jan. 1849 die Einleitung der Untersuchung gegen den Frankfurter Abgeordneten Grafen Oscar Reichenbach verlangte. Er wurde damals mit 13 Monaten Suspension vom Amte belegt, was einer Geldstrafe von 1600 Thlr. gleichkam.

— Wie die „N. Pr. Z." vernimmt, ist von der fürstlich rumänischen Regierung an Preußen die Bitte gestellt worden, derselben behufs Durchführung der Reorganisation in den einzelnen Verwaltungen, besonders der öffentlicher Verkehrs-Anstalten, als Post-, Telegraphen-Verwaltung 2c. geeignete Beamte zu überweisen. In Folge dessen sind an verschiedene Beamte von den betreffenden Verwaltungen Anfragen wegen Uebernahme derartiger Kommissorien ergangen. Die am Sonntag Mittags zum Besten des deutschen Krankenhauses in Paris im Opernhause stattgefundene Matinée hat, ohne die Geschenke des Hofes über 1800 Thaler eingetragen.

— Dem Telegraphenwesen steht eine Reorganisation bevor. Es soll nämlich ein selbstständiges Ressort, unter der Bezeichnung „General-Telegraphen-Amt" hergestellt werden. Dem zeitigen Vorstand der preußischen Telegraphie, Obersten von Cheauvin, soll der Titel „General-Director der Telegraphie" beigelegt werden. Außer dieser Centralstelle sollen Provinzial-Directionen errichtet werden.

— In Betreff der militärischen Verhandlungen Preußens mit einer Reihe von Kleinstaaten meldet die „Voss. Ztg."; „Für die kleineren Kontingente des norddeutschen Bundesheeres liegt die Absicht vor, dieselben soweit sie nicht selber bereits aus Truppentheilen von allen Waffengattungen bestehen, einmal zu größeren taktischen Wehrkörpern zu verbinden und zweitens durch besondere Militär-Konventionen mit den kleineren Staaten über die Verwendung der in denselben ausgehobenen Mannschaften Preußen die vollkommene freie Verfügung zu sichern. Die nun ins Auge gefaßten Militär-Konventionen würden sich demzufolge von den früheren, welche diese wichtige Bestimmung der freien Verfügung über die neu ausgehobenen Leute nicht enthielten, sehr wesentlich unterscheiden. Der Zweck der angeregten Maßregel aber geht dahin, diese Mannschaften, welche, da die meisten kleinen Staaten ihre Kontingente nur in Infanterie stellen, bisher nur dieser Waffengattung überwiesen werden konnten, künftig je nach ihrer körperlichen Beschaffenheit den verschiedenen Waffengattungen zuzutheilen. Die Zusammenstellung der kleineren Kontingente zu Regimentern zu 3 Bataillonen empfiehlt sich nicht minder aus sich selbst. Das Kontingent von Schwarzburg-Lippe beträgt z. B. 313 Reuß, älterer Linie 439, Waldeck 591, Lübeck 506, Sondershausen 671 Mann, alle also stellen noch nicht ein vollständiges Bataillon und können diese Heerespartikel deshalb in ihrer gegenwärtigen Formation für den Krieg im freien Felde kaum als verwendbar betrachtet werden. Für die beabsichtigte neue Organisation und Formation würden die betreffenden Landesherren sich allerdings jeder Einwirkung auf das Militärwesen ihrer Staaten ganz begeben müssen und als Aequivalent dürfte ihnen dafür wahrscheinlich ein entsprechender Nachlaß in der finanziellen Beisteuer für die norddeutschen Heereszwecke bewilligt werden."

Wie der „Frankf. Ztg." aus Stuttgart geschrieben wird, beschränkt sich die militärische Vereinbarung, zu welcher die vier südwestdeutschen Staaten auf der dortigen Konferenz gelangt sind, auf allgemeine und noch ziemlich vage Bestimmungen: „Es ward dabei vorangestellt: Herstellung einer Wehrverfassung auf gleichen Prinzipien; dabei Annahme der preußischen Einrichtungen zum Vorbilde, in der Art, daß die neue Organisation geeignet mache zu gemeinsamer Aktion der vier Staaten unter sich und in Gemeinschaft mit dem Nordbunde. Die Wehrkraft soll möglichst erhöht, die Wehrpflicht allgemein gemacht, und der Beginn derselben auf das 20. oder 21. Jahr festgesetzt werden. Dabei ward eine dreijährige unbedingte Präsenzpflicht angenommen, während welcher dann auch Verheirathung und Auswanderung verboten sein soll. In Folge dessen ward, nach dem Ergebniß in Preußen, die Stärke des aktiven Heers zu 2 Prozent, die der stets wirklich unter den Waffen zu haltenden Mannschaft zu 1 Prozent der Bevölkerung angenommen; als Minimalsätze wurden $1\frac{1}{2}$ Proz. und resp. $\frac{3}{4}$ Proz. vereinbart. Eine Verständigung über die Organisation knüpft sich daran. Es soll möglichste Uebereinstimmung in den Reglements und in den Feuerwaffen, dann möglichst gleichmäßige Ausbildung der Offiziere herbeigeführt werden, und es sollen gemeinschaftliche große Uebungen stattfinden. Auf diese Grundlagen hin soll spätestens am 1 Oktober dieses Jahres eine Militärkonferenz in München zusammentreten. Die Entscheidung über die weiland Bundesfestungen Ulm und Rastatt ward verschoben, während die Zukunft von Landau den Beschlüssen Baierns allein überlassen bleibt. Inwiefern eine Vereinbarung über die Zeit, während welcher jeder einzelne Mann im Frieden wirklich unter den Waffen gehalten werden soll, erzielt wurde, ist noch nicht genau festzustellen. Angeblich verlangt Baiern zwei Jahre Präsenz für die Infanterie nnd drei Jahre für die Kavallerie, Würtemberg weniger, Baden dagegen noch mehr, ganz nach dem Vorbilde Preußens; Baiern würde übrigens auch hier einen Minimalsatz, etwa von achtzen Monaten für die Infanterie, zulassen."

— Die Erhöhung der Diäten für unentbehrliche Hilfsarbeiter bei der Königl. Postverwaltung, als Post-Eleven, Post-Expedienten-Anwärter und Post-Expeditions-Gehilfen ist nunmehr definitiv in Aussicht genommen und wird in nächster Zeit eintreten; es dürfen allerdings zunächst erst die älteren Beamten dieser Kategorien, welche auch durch ihre Leistungen und ihr Verhalten sich empfehlen, diese Vergünstigung erfahren.

— Am Gymnasium zu Stargard treten, zum Theil nicht unerwartet, jetzt eine Reihe von Unerquicklichkeiten zu Tage, die jeden, der Interesse an der Anstalt nimmt, auf das Peinlichste berühren. Gegen 2 Oberlehrer ist auf Grund von, gewiß sehr verschiedenen begründeten, Denuntiationen disciplinarische Voruntersuchung eingeleitet, zu deren Betrieb sich der Schulrath Wehrmann aus Stettin drei Tage hier aufgehalten hat. Ein dritter Oberlehrer, der erst vor Kurzem von einer Musteranstalt gewissermaßen als Musterlehrer hierher versetzt war, hat plötzlich Urlaub genommen und eine Reise angetreten, deren Veranlassung darin zu suchen sein dürfte, daß z. B. die ganze Secunda dem Direktor einmüthig erklärt hat, sie könnten die Art und Weise des besagten Herrn unmöglich länger ertragen. Väter von Gymnasiasten bereiten Schritte vor, um womöglich zu erreichen, daß diesem Herrn ein Wirkungskreis angewiesen werde, dem ihre Söhne und die hiesige Anstalt nicht anheimfallen. Zu bedauern ist gewiß, das der Leiter des Gymnasiums, Director Licentiat Tauscher, von all diesen Verhältnissen nicht so rechtzeitig Kenntniß genommen hat, um den nunmehrigen in jeder Weise unangenehmen Eklat abzuschneiden.

— Die „Post" — ein Blatt, welches es sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht hat, die Politik des Grafen Bismarck zu unterstützen — hat auch „Bedenken" gegen den Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund. Am Schlusse eines Artikels, welcher diese Bedenken aufzählt, heißt: „Wenn die Befugnisse des Reichstages demnach äußerst dürftig erscheinen, so bieten diejenigen Funktionen, mit welchen der Reichstag nicht betraut ist, ein sehr weites Feld der Betrachtung. Die Bundesverfassung in ihrer gegenwärtigen Gestalt entzieht den Kammern das Recht, die Militärausgaben zu bewilligen, ohne es dem Reichstage zu übertragen. Denn der Prozentsatz der jährlichen Rekrutenzahl und der in jedem Staat jährlich zu leistende Geldbeitrag werden in der Verfassung selbst, — erstere für 10 Jahre, letztere für immer — bestimmt. Nach 10 Jahren soll ein neuer Prozentsatz für die Rekrutenzahl „festgesetzt" werden; indeß läßt sich der Art. 56 fast nur dahin interpretiren, daß dann die Rekrutenzahl erhöht werden muß, und überdies ist es weder ausdrücklich gesagt, noch geht es aus den allgemeinen Bestimmungen über die Thätigkeit des Reichstages hervor, daß diese „Festsetzung" mit parlamentarischer Zustimmung oder auch ohne Hilfe zu geschehen hat. Die preußischen Militärgesetze, sowohl die gegenwärtigen, als auch die zukünftigen, werden ohne den Reichstag eingeführt. Dieselben bestehen theilweise, und zwar gerade in denjenigen Punkten, welche die Stellung des Militärs zum Civil betreffen, und den Gebrauch der Waffe in Privatstreitigkeiten sanctioniren, aus geheim gehaltenen Instructionen. — Für den Belagerungszustand soll bis auf Weiteres das preußische Gesetz vom 10. Mai 1849 gelten. Dasselbe ist eine während der Verfassungskrise erlassene königliche Ordre, die in Preußen selbst längst durch das wirkliche, vom Landtage angenommene Gesetz vom 4. Juni 1851 verdrängt worden ist. Auswärtige Angelegenheiten gehen den Reichstag nichts an. Darüber können die Kammern, denen das Militärbudget entzogen ist, nach Belieben debattiren. Innere Angelegenheiten gehen den Reichstag auch nichts an, und bleiben ebenfalls den Kammern überlassen. Aber das Bundespräsidium kann überall und zu jeder Zeit nach eigenem Ermessen den Belagerungszustand proklamiren! Bundesverträge werdkn ohne den Reichstag geschlossen, wodurch seine Mitwirkung an der Zollgesetzgebung aufhört. Nur Verträge mit Süddeutschland sind dem Reichstag zur Genehmigung vorzulegen. Der Reichstag hat weder das Recht der Adresse noch der Interpellation, noch commissions of inquire. Er darf Petitionen weder empfangen noch votiren. Seine Mitglieder sind auch während der Session nicht vor Untersuchung oder Verhaftung geschützt, seine Sitzungsberichte genießen keine Druckfreiheit. Die erste gegenwärtige Versammlung des Reichstages soll über die Verfassung beschließen; obschon offiziöse Mittheilungen verkünden, daß die mit den Kleinstaaten abgeschlossenen Separatverträge, welche die Wirksamkeit der Verfassung dauernd oder vorübergehend modifiziren, nicht vorgelegt werden. Schließlich ist die für Kraft und Sicherheit des Ganzen und der Centralgewalt unumgänglich nothwendige Militäreinheit dadurch in Frage gestellt, daß die Truppen der nichtpreußischen Staaten ihren Souveränen schwören, und in derselben Eidesformel sich zum Gehorsam gegen den Bundesfeldherrn verpflichten. Bei eintretenden Zerwürfnissen zwischen den Fürsten wird dieser Modus die Gewissen verwirren, zum Treubruch führen und so die dem Bundesfeldherrn absolut und unter allen Umständen gebührende Fahnentreue untergraben."

Oesterreich. Allem Anschein nach wird den Polen im Reichsrathe die Vermittlerrolle zwischen den entgegenstehenden Parteien zufallen; das Prinzip der Negation werden sie gewiß nicht vertreten, sondern sich an allen nationalen Arbeiten betheiligen, wenn sie auch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen werden, bei ihrem Eintritt in den Reichsrath eine Kundgebung zu Gunsten der Autonomie ihres Landes zu veranstalten. Befriedigend ist es, daß die vom galizischen Landtag in den Reichsrath gewählten Persönlichkeiten zum größten Theil der vorgeschrittenen liberalen Partei angehören. Von den früheren Reichstagsabgeordneten sind nur sehr wenige wieder gewählt worden.

Frankreich. Der neugewählte Taikun von Japan hat, wie der „Moniteur" meldet, in Einverständniß mit dem Mikado (geistlichen Oberhaupt) die in Japan anwesenden diplomatischen Vertreter des Auslandes eingeladen, ihn in seinem Schlosse zu Osaka zu besuchen, wo sie während des Januar in feierlicher Audienz empfangen werden sollen. Diese Einladung hat, wie das amtliche Blatt hinzufügt, um so größere Wichtigkeit, als sie in Japan ohne Beispiel ist. Andererseits hat auch der Taikun den Entschluß, seinen Bruder zur Ausstellung nach Paris zu senden, und seine Absicht klar ausgesprochen, in ernster Weise Verbindungen zwischen seinem Volke und dem Auslande anzuknüpfen.

Großbritannien. Ein schreckliches Unglück hat sich am 1. d. Mts. in Accrington (Lancashire) in einer Klein-Kinder-Bewahr-Anstalt ereignet. Die genannte Anstalt oder Schule befand sich im oberen Stockwerke eines kleinen Hauses, dessen Erdgeschoß von einem Rohrflechter bewohnt wurde. Der Rohrvorrath dieses Mannes gerieth auf eine bis jetzt unerklärte Weise in Flammen und das Feuer verbreitete sich mit einer ungeheuren Schnelligkeit über den ganzen Untertheil des Hauses und die Treppe, so daß, ehe die unglücklichen Kleinen eine Ahnung von der Feuersgefahr hatten, ihnen der einzige Rettungsweg abgeschnitten war. Es blieb in Folge dessen weiter nichts übrig, als sich von Außen mit Leitern dem schon raucherfüllten und brennenden Zimmer zu nähren und durch die Fenster die entsetzten Kinder hervorzuziehen und in Sicherheit zu bringen. Das Rettungswerk gelang nur zum Theil; von 100 Kindern, die in dem Schulraum zusammen waren, wurden 13 todt herausgebracht und da es nicht gelang, des Feuers Meister zu werden, so war bei Abgang der Post noch nicht festgestellt, ob die Zahl der Opfer nicht noch größer ist. Nach telegraphischen Nachrichten reduzirt sich die Zahl der verlornen Menschenleben auf 4—6. Der Lehrerin gelang es, wie es neuerdings heißt, zuerst auf irgend eine Weise aus dem brennenden Gebäude zu entkommen und sie rief Hülfe herbei. Ueber das Entstehen der Feuersbrunst bringt der Telegraph nur die Vermuthung, daß im Hause Binsen sich von selbst entzündeten und so die erste

Veranlassung zu dem großen Unglücke waren, das eine Reihe Familien in Trauer und Jammer gestürzt hat.

Italien. Es sind von Klerikern Italiens Anfragen in Rom gemacht worden, wie sie sich bei den Neuwahlen des Parlaments zu verhalten hätten. In der letzten Nummer der „Corresponbance de Rome“ wird darauf geantwortet und ein unumwundenes Bekenntniß der ultrakatholischen Partei abgelegt, welches der Bemerkung werth genug ist. Dieses Blatt erklärt:

„Die Wahlfrage wird wieder eine Angelegenheit des Tages in Italien, und wie im Jahre 1865 geht es auch leider heute Katholiken, welche glauben, daß sie die Achtung vor dem Recht, der Kirche, und sich selbst mit vereinigen können, was sie die Pflicht des Bürgers nennen. Wir berufen uns einfach auf das, was wir vor zwei Jahren gesagt haben; wir beharren darauf, daß es passend ist, sich von der Wahl zu enthalten, denn die Lage Italiens ist keineswegs besser, sondern schlimmer geworden. Den Freveln jeder Art, Raub, Gewaltthätigkeit, Korruption, offenen und versteckten Angriffen der Revolution gegen die Kirche, haben die Katholiken nur entgegenzusetzen die Resignation, das Gebet, die guten Werke, die Liebe des Volks, die Verbreitung der Wahrheit durch die katholische Presse. Sie werden in den Wahlversammlungen auf dem Platz oder im Parlament, alles was ihnen theuer ist, nur schlecht vertheidigen können und nur ihre Ehre und ihre Würde kommpromittiren, ohne ihre Sache zu fördern. Wenn unter ähnlichen Umständen es ihnen erlaubt wäre, persönlich aufzutreten und Politik zu machen, das heißt menschliche Politik, so müßten sie ihre Stimmen und ihre Unterstützung den Mazzinisten geben; denn die Mazzinisten werden die Vollstrecker des Werks der göttlichen Gerechtigkeit sein. Jetzt aber, da sie nicht wissentlich Helfer der Schergen, und noch weniger Mitschuldige der Regierung sein dürfen, so müssen sie sich begnügen, einfache Zuschauer des Wahlkampfs zu bleiben.“

Man sieht, daß mit Menschen von solchen Grundsätzen kein Vertrag möglich ist. Die Pessimisten spekuliren wieder auf die gefahrvolle Krisis, in welche Italien gerathen ist, sie beschwören den alten Dämon der Parteiwuth, der diesem Lande so lange Zeit und so tiefe Wunden geschlagen hat, und setzten voraus, daß die italienische Einheit in sich selbst zerfallen werde. Zwei furchtbare Feinde bedrohen in der That das Werk von Cavour: die römische Kirche, welche noch der Nation unversöhnlich geblieben ist, und die Unfähigkeit der Regierung, das so schnell geeinigte Land in eine kraftvolle Administration zusammenzufassen. Wenn die letztere Aufgabe, welche auch die schwierigste und eine wahrhafte Herkulesarbeit ist, gelänge, so würde das von der Kirche ausgehende Hinderniß seine Furchtbarkeit verlieren. Man zweifelt, daß Ricasoli, trotz seinen patriotischen Tugenden, solcher Aufgabe gewachsen sei.

Rußland. Aus Warschau theilt die „Bresl Ztg.“ folgende Beispiele der Russischen Kultur mit. Als eine feingekleidete Dame, die eben mit dem Zuge hier angekommen war, ihren Handschuh auszog, packte sofort in rohester Weise ein Polizeibeamter ihre Hand, an welcher er einen Ring mit einem — Kreuz erblickte, den er für einen aus der Zeit der Demonstration von 1861—63 stammenden Ring hielt. Die gekränke und geängstigte Frau mußte sofort aufs Polizeibüreau wandern. — Es ist nicht bekannt geworden, wie es ihr dort erging. — Der Direktor des Schulwesens im Warschauer Lehrkreise hat seit einiger Zeit die Gewohnheit angenommen, bei seinen in den Gymnasien abgestatteten Besuchen die Lehrer in Gegenwart der Schüler in einer Weise zu behandeln, wie man sich in Preußen kaum gegen einen Stallknecht erlauben würde. Schimpfworte wie Durak (dummer Kerl) sind etwas Gewöhnliches, was die Lehrer zu hören bekommen. Diese Bezeichnung bekam vor kurzem der Inspektor (Direktor) eines Gymnasiums dafür zu hören, daß die Knaben für polnische und für russische Schönschrift besondere Hefte hatten und die auf dem Deckel der ersten sich befindende Aufschrift nicht auch russisch war. — Wer sich wundert, daß die Lehrer solche Behandlung ertragen, der vergesse nicht, daß wir im Kriegszustande leben und daß eine jede etwas scharfe Antwort unfehlbar Strafe nach sich ziehen würde. Unter solchen Umständen bleibt nichts übrig, als das Schweigen der Verachtung. — — Der würdige Direktor heißt Wilujew.

— Das „Journal de St. Pétersbourg“ vom 5. d. Mts. veröffentlicht nachträglich mehrere Depeschen des russischen Cabinets in der orientalischen Angelegenheit welche größtentheils an den russischen Botschafter in England, Baron Brunnow, gerichtet waren. Eine Depesche vom 20. August v. J. enthält den Vorschlag, auf Grund eines Einvernehmens zwischen den Westmächten und Rußland ein friedliches Arrangement in Kandia herbeizuführen und die Bevölkerung der Insel zu beschwichtigen. — Eine Depesche v. 12. September v. J. hebt die Uneigennützigkeit Rußlands hervor und stellt die Befriedigung der legitimen Forderungen der Kandioten Seitens der Türkei als eine unabweisliche Nothwendigkeit hin. — Eine Depesche vom 27. Oktober v. J. weist auf die ohne Erfolg gebliebenen Bemühungen hin, welche Rußland zu Gunsten Serbiens aufgewendet habe. — Eine Depesche vom 23. November v. J. führt aus, Rußland betrachte jederzeit als günstigste Lösung der orientalischen Frage die möglichste Entwicklung des Wohlstandes der christlichen Bevölkerungen, sowie die Bildung antonomer christlicher Staaten, welche gleichzeitig als Vasallenstaaten unter der Oberherrschaft des Sultans ständen.

Das Journal bemerkt am Schluß dieser Publikationen: Seit jenen Depeschen haben es die Ereignisse mit sich gebracht, daß zwar nicht die Prinzipien der russischen Regierung in dieser Frage, aber doch die Anwendung derselben einigermaßen modifizirt und noch weitere Verhandlungen nöthig wurden.

Provinzielles.

Danzig. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dementirt die Nachricht von der Versetzung des Polizeipräsidenten v. Bernuth als Regierungspräsidenten nach Danzig.

Königsberg. Durch K. Ordre ist für die Universität Königsberg bestimmt worden, daß der Gebrauch der lateinischen Sprache zwar für die Bearbeitung der statutenmäßigen Preisaufgaben aus dem Gebiet des klassischen Alterthums, der Theologie und der Jurisprudenz aufrecht erhalten, dagegen bei den Aufgaben aus andern Disciplinen der Gebrauch der deutschen Sprache in Uebereinstimmung mit einer darüber jedesmal erfolgenden Bekanntmachung zugelassen wird.

Lokales.

— **Stadtverordneten-Sitzung am** 6. d. **Mts**. Vorsitzender Herr Kroll, — im Ganzen anwesend 24 Mitglieder. — Vom Magistrat die Herren Stadträthe: Hoppe, Joseph und Marx.

Der Bauplan für die Schule auf der Jacobsvorstadt war nach Beschluß der Stadtverordneten auch der Schul-Deputation zur gutachtlichen Auslassung vorgelegt worden, und hatte dieselbe einige Aenderungen zu dem Bauplan, welchen noch Herr Stadtbaurath Kaumann angefertigt hatte, namentlich die Ausführung eines Vorbaues in Vorschlag gebracht. Die Sache kam nun wieder an die Bau-Deputation, welche ihr Mitglied, Hrn. Orth beauftragte, sich über die gedachten Abänderungen zu äußern. Diesem Auftrage war Herr O. in gründlicher Weise nachgekommen. Aber auch Herr Stadtbaurath Marx hatte ein Gegen-Gutachten über den ursprünglichen Bauplan, die von der Schuldeputation in Vorschlag gebrachten Aenderungen und die gutachtliche Auslassung des Vorgenannten, welcher die Majorität der Bau-Deputation beigetreten war, ausgearbetet. Alle diese Piecen waren von dem Magistrntte der Vers mit dem Antrage zugegangen, sich mit dem Bauplane wie er früher vorgelegen sich nochmals einverstanden zu erklären. Die Vers. jedoch vertagt heute noch ihren definitiven Beschluß und ersucht den Magistrat die ganze Vorlagen, namentlich die beiden vorerwähnten Gutachten zur schleunigen Vorberathung der Bau-Deputation vorzulegen, um dann in nächster Sitzung den definitiven Beschluß zu fassen. Die Vers. hat dies Verfahren beliebt, um das Schulgebäude so fehlerfrei wie möglich einrichten und ausführen zu lassen. — In dem Licitations-Termin am 21. v. Mts. zur Verpachtung des Schankhauses vor dem Seglerthor ist der Schuhmachermstr. Fr. Bziorowski mit 300 Thlr. jährlicher Pacht (30 Thlr. mehr als bisher) der Meistbietende geblieben. Ihm wird der Zuschlag ertheilt, ebenso dem Zimmermann Gust. Fritsch, welcher für das Fährwachthaus auf der Bazar-Kämpe 131 Thlr. jährliche Pacht geboten hat. — Auf Antrag des Magistrats wird die Pension des ehemaligen Nachtwächters Peplinski um 1 Thlr. monatlich erhöht. — Dem Armenhausaufseher werden nach Befürwortung des Magistrats mit Rücksicht auf den zeitigen Roggenpreis dieselben Verpflegungssätze gewährt, welche dem Waisenvater zugestanden sind. — Ein Gesuch um Erlaß rückständiger Chausseepacht wird abgelehnt.

— **Schwurgericht.** Am 5. März standen zunächst unter der Anklage der Arbeiter Johann Skowronski, der Maurersohn Franz Kowalkowski und der Riemerlehrling Adolph Schultz, sämmtliche aus Leibitsch.

Skowronski war beschuldigt, am Abend des 1. Oktober v. J. zu Leibitsch dem Gastwirth Bernhard Lazarus eine Schieblade mit Geld in dieblicher Absicht, und zwar mittelst Einbruchs und Einsteigens weggenommen, Kowalkowski sich der schweren Hehlerei schuldig gemacht zu haben.

Das Verdict der Geschworenen lautete bei Skowronski auf Schuldig laut der Anklage, bei den beiden Anderen nur auf Schuldig der einfachen Hehlerei, wobei sie bei dem Kowalkowski noch annahmen, daß er ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt habe.

Skowronski wurde demzufolge zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Stellung unter Polizei-Aufsicht und Schultz zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt, während Kowalski freigesprochen und angeordnet wurde, daß er seiner Familie überantwortet werde.

Dann kam zur Verhandlung die Sache wider den Knecht Friedrich Stach aus Wallendorf, den Knecht Johann Dylewski aus Brzezinko, den Fornal Franz Kwiatkowski aus Lulkau, den Kutscher Casimir Kaminski aus Gremboczyn.

Stach und Dylewski waren angeklagt, in der Nacht v. 9. zum 10. November v. J. zu Gremboczyn dem Krüger Itzig Friedmann eine diesem gehörige bewegliche Sache in Absicht rechtswidriger Zneignung weggenommen. Kwiatkowski und Kaminski abe. Cigarren, von denen sie wußten, daß sie gestohlen waren, an sich gebracht zu haben.

Bei allen Angeklagten, bei denen das Verdict auf Schuldig lautete, wurden mildernde Umstände angenommen, und sind darnach bestraft, Stach wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle mit 1 Jahre Gefängniß, 1 Jahr Verlust der Ehrenrechte und 1 Jahr Stellung unter Polizeiaufsicht, Dylewski wegen schweren Diebstahls im Rückfalle mit 7 Monaten Gefängniß, 1 Jahr Verlust der Ehrenrechte und 1 Jahr Stellung unter Polizeiaufsicht, Kwiatkowski und Kaminski wegen einfacher Hehlerei jeder mit 1 Woche Gefängniß.

Zuletzt wurde verhandelt in der Anklage wider den flüchtigen Krüger Simon Ascher aus Macijewo.

Derselbe wurde in Contumaciam wegen vorsätzlicher Brandstiftung, Ueberversicherung und Aufstellung einer zu hohen Schadensliquidation zu 10 Jahren Zuchthaus, und 900 Thlr., event. noch zu 9 Monaten Zuchthaus verurtheilt.

Am 6. März standen vor den Schranken 5 Angeklagte in 3 Sachen.

Zunächst kam zur Verhandlung die Sache wider den Schmiedegesellen Johann Danielowski und den Kutscher Johann Lewandowski. Beide sind aus Weißhof. Dieselben waren eines Münzverbrechens angeklagt, weshalb die Offentlichkeit in dieser Sache ausgeschlossen wurde. Gemäß des Verdicts der Geschworenen wurde jeder der Angeklagten zu 5 Jahren Zuchthaus und 1 Jahre Ehrenverlust verurtheilt.

Der Arbeiter Eduard Mielke aus Rudack, dessen Sache demnächst verhandelt wurde, war beschuldigt und auch geständig, zwei zu verschiedenen Daten und im Namen zweier Personen ausgestellte Bestellzettel über 20 Thlr. und resp. verschiedene Victualien, die er in der Absicht sich Gewinn zu verschaffen, selbst angefertigt, zum Zwecke der Täuschung, Gebrauch gemacht zu haben.

Da bei dem Geständniße ohne Zuziehung der Geschworenen verhandelt wurde und mildernde Umstände angenommen waren, so wurde Mielke mit 4 Monaten Gefängniß und 10 Thlr. Geldbuße, event. mit noch 1 Woche Gefängniß bestraft.

In der letzten Sache wider den Knecht Anton Pacholski aus Mittenwalde und den Einwohner Franz Salewski aus Abbau Swierczyn war ersterer, ein bereits bestrafter Mensch eines schweren Diebstahls und Salewski der Theilnahme an einem einfachen Diebstahle angeklagt und lautete das Verdict bei Beiden auf schuldig.

Pacholski wurde zu $2^1/_2$ Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf 3 Jahre und Salewski zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt.

— **Wissenschaftliche Vorlesungen**. Die vierte derselben hielt an Mittwoch d. 6. d. Herr Dr. Brohm, welcher in seinem Vortrage den geschichtlichen Prozeß; der sich in dem religiösen Bewußtsein unserer deutschen Vorvordern nach Auftreten Luthers d. i von 1517 bis 1557 vollzog, schilderte. Es würde Zweck und Aufgabe unseres Blattes überschreiten, wenn wir die einzelnen Momente dieses Prozesses, welche der Herr Vortragende in anziehender Weise zusammengestellt und zu einem objektiv-historischen Bilde benutzt hatte, hier wiederholen wollten. Es genüge nachstehende Notiz. Schon früh nach dem Auftreten des großen Reformators wurden Thorns deutsche Bewohner, wie die von Westpreußen und Ostpreußen von der Lehre des Bezeichneten ergriffen, aber es dauerte über ein Menschenalter, bis ihr Recht, ihren religiösen, der „neuen“, lutherischen Lehre zugewandten Bewußtsein den entsprechenden Ausdruck öffentlich zu geben, staatlicherseits anerkannt wurde. Unter Sigismund I., dem Könige von Polen und Schutzherrn Thorns, wurde die Lehre Luthers nicht begünstigt ja man suchte ihre Ausbreitung nachdrücklichst durch manichfache Repressivmaßregeln zu verhindern, ja sie zu ersticken. Die Bischöfe von Culm, Dontiscus, Tiedemann Giese, beides aufgeklärte und der Kirchenreform zugeneigte Prälaten, sowie der jesuitenfreundliche, gelehrte und diplomatisch geschulte Bischof Stanisl.-Hosius, später Fürstbischof von Ermland und Kardinal, arbeiteten in der besagten Richtung und Thorns Bewohner hatten mit ihnen manchen harten Strauß um ihres Glaubens willen zu bestehen. Allein, alle diese Bemühungen, unsere Vorvordern anderen Sinnes zu machen, blieben erfolglos, die neue Lehre hatte unter ihnen bereits zu tiefe Wurzeln geschlagen, um ausgerodet werden zu können, und ihre Festigkeit und Glaubensenergie errang endlich den Sieg. Im J. 1557 erschien das Privelegium des toleranten Königs Sigismund II. August, des letzten Jagellonen, welches den Augsburgischen Glaubensverwandten das Recht, ihren Glauben frei und öffentlich in den von ihnen eingenommenen Kirchen auszuüben, zugestand.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 22 pCt. Russisch-Papier $22^2/_3$ pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 7. März. Temp. Kälte 5 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 7 Fuß 6 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Der Aufruf des hiesigen wohllöbl. Magistrats, betreffend den Nothstand in unserm Nachbarstädtchen Podgurz, ist eine sichre und traurige Gewährleistung, der dort herrschenden Noth. — Der Aufruf ist gut gemeint und wird manches warme Herz zu schneller Hilfe anregen. Aber wer ertappt sich selbst nicht oft auf Lauigkeit bei Ausübung heiliger Pflichten und solcher der Wohlthätigkeit besonders? Wie Viele von uns macht Lebensstellung, Zerstreutheit, Zerfahrenheit und ernste Sorge so, daß Mancher, der eben nicht hartherzig genannt zu werden verdient, säumt und vergißt, sich um die Hilfe für das Elends zu kümmern! Denkt, lieben Mitbürger, daß die Vernachläßigung, die das Elend erleidet, eine fürchterliche Wirkung in sich zu tragen pflegt. Aus ihm entwickelt sich bei solchen Gelegenheiten, wie drüben in Podgurz, das tödtende Gift des Typhus, das einmal epidemisch geworden, nieddrmäht, wie der Schnitter Tod, der Gleichmacher, der weder Tugend noch Alter, weder Ehre noch Reichthum schont. — Helfen wir nach Kräften, wir schützen uns und die Unsrigen, wer weiß vor welchem Uebel. Nach meinem Dafürhalten, wäre es am zweckmäßigsten, durch Hauskollekten zu obigem Zwecke zu wirken. Das geht schnell und bringt auf Einmal eine Summe zusammen, für die etwas Wirksames geschehen kann; während allmälig Gesammeltes **weniger** und besonders **langsamere** Hilfe bringt. *

*) Die Redak. d. Bl. ist gerne erbötig Beiträge an Geld, Kleidungsstücken, Comsumtibilien 2c. entgegen zu nehmen. Eine Liste wird zur Eintragung der milden Gaben in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** ausliegen. Außerdem möchten wir zur Bildung eines Comitees auffordern, welches die zweckmäßige Vertheilung der Gaben in die Hand nimmt.

Die Redaktion.

Culm, den 5. März. Die gestrige Stimmzählung ergab von 20,140 gültigen Stimmen
10,636 für Justizrath Dr. Meyer aus Thorn
9504 für Leon Czarlinski auf Zakrzewko,
so daß Ersterer mit absoluter Majorität als Abgeordneter zum Norddeutschen Reichstage für den Wahlkreis Culm-Thorn erwählt ist. Derselbe war anwesend und erklärte sofort, daß er die Wahl annehme.

Unter den von verschiedenen Wahlvorständen für ungültig erklärten 55 Stimmen fanden sich 23 Stimmen für Justizrath Dr. Meyer vor, die angeblich ihres nicht weißen Papiers halber nicht zugelassen waren. Die Kommission constatirte, daß dieselben auf gewöhnlichem Konceptpapier (mit blaugräulichem Ton) gedruckt waren und daher nach frühern Entscheidungen des Herrn Ministers des Innern zu Unrecht zurückgewiesen sind. Bei der Zählung wurden verschiedene Proteste zur Sprache gebracht und dem Protokoll beigefügt, die indeß auf das Gesammtresultat einen entscheidenden Einfluß nicht ausüben können. Unter denselben ist ein Protest speciell gegen das Verfahren des Wahlvorstehers in Elgiszewo (Kreis Thorn) hervorzuheben, der die ganze Wahl aufhob, weil sich im Wohllocal ein Tumult entwickelte und Drohungen ausgestoßen wurden. Bei der ersten Wahl waren 17 Stimmen für Meyer, 104 Stimmen für Czarlinski bei überhaupt 130 Wählern in Elgiszewo abgegeben.

Von Interesse wird es sein, die sich aus der Stimmzählung ergebenden Resultate zu vergleichen:

	Anzahl der Wahlberechtigten.	Es haben wirklich gewählt:	für Meyer:	für Czarlinski:	Ungültig waren:	Nach Procenten haben gewählt: überhaupt.	Von d. Wählern stimmten für Meyer:	Czarlinski:
Stadt Culm	1247)							
Militär	62)	1173	635	536	2	90	54,2	45,8
Stadt Briesen	650	575	325	249	1	88,5	56,5	43,5
Kreis Culm	8176	7611	3861	3719	31	93	50,7	49,3
Summa	10,135	9359	4821	4504	34	92	51,7	48,3 drchschn.
Stadt Thorn	3389)							
Militär	226)	2373	1739	630	4	66,4	73,2	26,8
Stadt Culmsee	550	449	203	245	1	81,8	45,2	54,8
Kreis Thorn	8819	8014	3873	4125	16	90,8	48,3	51,7
Summa	12,921	10,836	5815	5000	21	83	53,8	48,2 drchschn.
beide Kreise zus.	23,119	20,195	10,636	9504	55	87,4	52,6	47,4

Inserate.

Bekanntmachung.

Um weiteren Anfragen zu begegnen, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Servis für die in der Zeit vom Juni bis zum September v. J. hier stationirt gewesenen Truppen noch nicht ausgezahlt werden kann, weil die Königliche Intendantur, einer früher von ihr abgegebenen Erklärung zuwider, die Zahlungsanweisung auf die von uns eingereichten Liquidationen mit dem Bemerken abgelehnt hat, daß das Ersatz-Bataillon des Königl. 44. Infanterie-Regiments, sowie das Besatzungs-Bataillon des Königlichen 5. Landwehr-Regiments nicht zur planmäßigen Besatzung der Festung gehört haben, und deshalb eine Vergütung für deren Unterbringung aus der Staatskasse nicht gezahlt werden könne. Wir haben gegen diese Entscheidung Widerspruch erhoben und werden seiner Zeit das Ergebniß in geeigneter Weise zur Kenntniß der Betheiligten bringen.

Thorn, den 7. März 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei der gestern durch den Wahlkommissar unter Zuziehung von 11 Wählern als Beisitzern stattgefundenen Ermittelung des Ergebnisses der am 28. Februar cr. erfolgten engeren Wahl zum Reichstage des Norddeutschen Bundes für den Wahlkreis Culm-Thorn unter die beiden Kandidaten Herrn v. Czarlinski und Herrn Dr. Meyer, welche beim ersten Wahlgange am 12. Februar cr. die meisten Stimmen erhalten hatten, ist Folgendes festgestellt worden:

Wahlberechtigt waren 22,951 Personen, Stimmen sind 20,195 abgegeben, davon haben erhalten

a. Hr. Justizrath Dr. Meyer in Thorn 10,636 Stimmen.
b. Hr. Rittergutsbes. L. v. Czarlinski auf Zakrzewko 9,504 „
c. für ungültig sind erklärt 55 „
in Summa wie oben 20,195 Stimmen.

Herr Justizrath Dr. Meyer in Thorn ist demnach mit absoluter Stimmenmehrheit zum Abgeordneten erwählt, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Der Gewählte hat die Wahl angenommen.

Culm, den 5. März 1867.

Der Wahlkommissarius, Landrath
(gez.) **v. Schrötter.**

Ein **Ladenrepositorium** und **Ladentisch** steht zum Verkauf im Hause des Herrn
Moses Kalischer.

Bekanntmachung.

Am 15. März d. J.
Vormittags 10 Uhr
soll im hiesigen Rathhaushofe ein Pferd öffentlich meistbietend verkauft werden.

Thorn, den 4. März 1867.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Hiermit bekenne ich reuevoll,
Daß mir der Fund gelungen! —
Die Wurst nun nicht verleugnen soll
Der Mund, der sie verschlungen.
Mein Inserat im Wochenblatt
Soll't mein Gewissen ducken,
Denn so der Magen stärker hat
Die Kraft, die Wurst zu schlucken.
Ihr zürnt mir darob nicht, o nein,
Kein Mensch im ganzen Städtchen! —
Ich bin noch klein und dazu ein
Unschuld'ges **Waisenmädchen!** —

Die Einsenderin des Inserats von der verlorenen langen Cervelatwurst.

Ganz frische **Ihlen-Heeringe** empfiehlt billigst
W. Pietsch in Thorn.

Ein **Billard** nebst allem Zubehör steht billig zum Verkauf, bei
W. Pietsch in Thorn.

Hiermit beehre ich mich Ihnen ergebenst anzuzeigen, daß mir die Agentschaft der

k. k. priv. Azienda Assikuratrice in Triest

übertragen ist und halte ich mich zur Ertheilung von Versicherungen gegen Elementarschäden an reisenden Gütern zu Wasser und zu Lande bestens empfohlen.

Die Azienda besteht seit 1822 und ist ausgerüstet mit einem Kapital von Vier Millionen Gulden Oesterr. Währung. Die Prämien und Versicherungsbedingungen sind die der Koncurrenz. Schäden werden hier coulant regulirt. — Tarife und Antrageformulare sind stets unentgeldlich bei mir zu haben.

Der Agent
Herrmann Baecker.

Von Montag, den 11. März sind die Preise für die täglichen Omnibusfahrten nach Culmsee ermäßigt, und zwar für die einfache Tour 10 Sgr. Tagesbillet 15 Sgr.
Albert Müller.

Zum 1. April suche ich eine ordentliche Aufwartefrau, zu melden von 3—4 Uhr Nachm.
R. Paul, Neust. Markt 257.

Stockfisch, Hummern, Neunaugen, Sardellen, mar. Aal und Roulade, Aalbricken, Räucher-Lachs, Caviar, holl. Heeringe und Schottinen, Sardinen in Oel und Kräutern, Spickgans, Trüffelleber- und Cervelat-Würste, **Fromage de Brie**, Chester-, Kräuter-, Schweitzer-, Edamer-, Limburger- und Parmesan-Käse, **Bouillon** und andere Delicatessen bei
A. Mazurkiewicz.

Großberger Heeringe (buchen Band) pro Tonne 10 Thlr.
L. Sichtau.

Zur Anfertigung guter
Photographien
in jeder Art und Größe bei reellen Preisen empfiehlt sich
Richard Paul.
Neust. Markt 257.

Ein gut erhaltenes **Billard** nebst Zubehör steht preiswürdig zum Verkauf in Bromberg **Pawlikowski's Hôtel.**

Zahnarzt H. Vogel aus Berlin
trifft in kurzer Zeit in Thorn wieder ein.

Zwei bis drei möblirte Zimmer werden auf einige Wochen zu miethen gesucht. Gegend: Altstädtischer Markt oder Breitestraße oder auch in der Nähe derselben. Adressen **H. V. R. 29** in der Expedition d. Bl. abzugeben.

Wapnoer Düngergyps à 10 Sgr. pr. Ctr.
Engl. Maschinen-Kohlen à 22 Thlr. pr. Last vorräthig bei
Felix Giraud.

Im Laufe d. Mts. sollen Umzugshalber weiße Straße Nr. 70 eine Treppe hoch, ein polisander und mahagoni Meublement, 1 Flügel, ein alterthümliches Glasspind und verschiedene Haus- und Küchengeräthe versteigert werden. Sämmtliche Gegenstände sind täglich von 2 bis 4 Uhr zu besichtigen. Wird es gewünscht so sind die Meubel auch sofort zu verkaufen.

Thorn, den 4. März 1867.

Für die bei der Beerdigung unserer lieben Mutter und Großmutter
Dorothea Wunsch geb. **Hesselbein**
so gütige Theilnahme, sagen ihren herzlichen Dank
die Hinterbliebenen.

Kleine Fettheeringe à 10 Sgr. pro Schock bei
A. Mazurkiewicz.

Einige hundert Scheffel **Saatkartoffeln** sind zu verkaufen zu Kijewo bei Gniefkowo.

Ein **Regenschirm** ist bei mir stehen geblieben. Der sich legitimirende Eigenthümer kann denselben gegen Zahlung der Insertionskosten abholen.
Seydler.

Neustdt. Markt 231 ist eine Wohnung von 3 auch 4 Zimmern, nebst Küche und Zubehör mit auch ohne Pferdestall zu vermiethen.

Eine nach vorn belegene Wohnung bestehend aus 2 Stuben, Küche und Boden hat zu vermiethen.
Robert Tilk,
Jakobsstraße Nr. 227/28.

Baderstraße Nr. 60 ist eine neu eingerichtete Familien-Wohnung zu vermiethen.

Eine freundliche kleine Wohnung ist vom 1. April cr. Culmerstr. Nr. 342 zu vermiethen.

Neustadt Gerechtestr. Nr. 104 eine Wohnung zu vermiethen.

Eine möblirte Stube ist sofort zu vermiethen Altstadt 174.

Stadttheater in Thorn.
Freitag, den 8. März. „**Mathilde**", oder: „**Ein deutsches Frauenherz.**" Schauspiel in 5 Akten von Roderich Benedix.
Die Direktion.

Es predigen:
In der evangelisch-lutherischen Kirche.
Freitag, den 8. März Missionsstunde Abends 7 Uhr Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**